



„Für den Schutz der Menschenwürde eintreten“

Erzbischof Heße zur Situation von Schutzsuchenden an der polnisch-belarussischen Grenze

Der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen, Erzbischof Dr. Stefan Heße (Hamburg), appelliert an die Bundesregierung und die europäischen Partner, sich für eine humanitäre Lösung der Notlage im polnisch-belarussischen Grenzgebiet einzusetzen. Zur politischen Situation bemerkt Erzbischof Dr. Heße: „Man kommt um die Einsicht nicht herum: Die skrupellose Regierung von Belarus hat es geschafft, die Europäische Union und besonders unsere polnischen Nachbarn in eine politisch schwer auflösbare Situation zu manövrieren. Nach Art von Schleusern hat sie Tausende schutzsuchende Menschen, die vor allem aus den Katastrophengebieten des Nahen Ostens stammen, in die Grenzregion zwischen Belarus und Polen gebracht und sie dort stranden lassen: im späten Herbst ohne Dach über dem Kopf, ohne Verpflegung, ohne medizinische Versorgung. Dies ist ein unglaublicher Missbrauch der Leiden von Menschen, die – nach allem, was sie bereits erlebt haben – zu Opfern eines machtpolitischen Ränkespiels herabgewürdigt werden.“ Einmal mehr zeige das Lukaschenko-Regime sein menschenverachtendes Gesicht.

Zugleich warnt Erzbischof Dr. Heße die europäische Politik davor, ihrerseits die Belange der Schutzsuchenden zu missachten: „Wenn die andere Seite die Prinzipien der Humanität mit Füßen tritt, müssen wir erst recht für den Schutz der Menschenwürde eintreten. Sonst verlieren auch wir unsere moralische Integrität.“ Der Flüchtlingsbischof kritisiert in diesem Zusammenhang die „Pushbacks“ von Geflüchteten: „Schutzsuchende Menschen werden gewaltsam zurückgedrängt. Sie werden dazu gezwungen, im Grenzgebiet herumzuirren, werden der Kälte und dem Elend preisgegeben. Wer eine solche Notlage befördert oder billigt, missachtet europäische Grundwerte.“ Dabei gelte es anzuerkennen, dass Polen durch das zynische Spiel des belarussischen Regimes in eine überaus schwierige Lage gebracht worden sei: „Polen hat Anspruch auf die Solidarität der anderen EU-Mitgliedstaaten – zum einen durch gemeinsame Bemühungen, die Machenschaften von Präsident Lukaschenko zu durchkreuzen, zum anderen durch rasche Maßnahmen zur Überwindung der humanitären Krise. Dazu gehört auch die Bereitschaft europäischer Staaten, schutzbedürftige Menschen aufzunehmen.“ Mittelfristig gelte es, eine

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel. +49 (0) 228 103 214
Fax +49 (0) 228 103 254
Mail pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz

grundlegende Reform des derzeit desolaten EU-Asylsystems anzugehen: „Erneut wird deutlich, dass wir eine solidarische und funktionsfähige gemeinsame europäische Asylpolitik brauchen, die den völkerrechtlichen Verpflichtungen, den Rechten der Schutzsuchenden und den Interessen der Mitgliedstaaten gerecht wird.“

Erzbischof Dr. Heße würdigt ausdrücklich das Engagement der Kirche in Polen: „Der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Stanisław Gądecki, und der Vorsitzende des Migrationsrats der Polnischen Bischofskonferenz, Weihbischof Dr. Krzysztof Zadarko, haben wiederholt betont, dass die Schutzsuchenden im Grenzgebiet Opfer einer rücksichtslosen Politik sind, die der humanitären Unterstützung bedürfen. Beide mahnen eine menschenwürdige Lösung an, die dem Geist des Evangeliums entspricht. Und die Kirche in Polen handelt auch selbst ganz konkret, damit die Not der Flüchtlinge im Grenzgebiet gelindert wird. Zusammen mit örtlichen Pfarrgemeinden und weiteren Organisationen kümmert sich die polnische Caritas darum, dass die Geflüchteten Wärmedecken, Wasser, Lebensmittel und Hygieneartikel erhalten. Für diese Akte gelebter Nächstenliebe bin ich dankbar.“ Mit Blick auf den bevorstehenden Winter werde es wichtig sein, wetterfeste Unterkünfte, Nahrung und medizinische Versorgung sicherzustellen: „Weitere Todesfälle müssen unbedingt verhindert werden.“ Erzbischof Dr. Heße weist darauf hin, dass man die Möglichkeiten der Kirche realistisch einschätzen müsse: „Als Kirche können wir die komplexe politische Gemengelage nicht auflösen. Aber wir können und müssen dort helfen, wo die Not am größten ist. Dazu steht auch die kirchliche Katastrophenhilfe aus Deutschland, vor allem Caritas international, bereit.“

Die Deutsche Bischofskonferenz ist ein Zusammenschluss der katholischen Bischöfe aller (Erz-)Bistümer in Deutschland. Derzeit gehören ihr 69 Mitglieder (Stand: November 2021) aus den 27 deutschen (Erz-)Bistümern an. Sie wurde eingerichtet zur Förderung gemeinsamer pastoraler Aufgaben, zur Koordinierung der kirchlichen Arbeit, zum gemeinsamen Erlass von Entscheidungen sowie zur Kontaktpflege zu anderen Bischofskonferenzen. Oberstes Gremium der Deutschen Bischofskonferenz ist die Vollversammlung aller Bischöfe, die regelmäßig im Frühjahr und Herbst für mehrere Tage zusammentrifft.